



## Bundesweit einheitliche Qualitätsstandards

Bundesministerin Ursula von der Leyen freut sich, dass ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern Anfang Juni bei der Jugend- und Familienministerkonferenz in Bremen bundesweit geltende Standards für die Juleica-Ausbildung festgelegt haben. Die **Juleica** wird dadurch aufgewertet und bleibt ein wichtiger Nachweis für ehrenamtliches Engagement junger Menschen.

Anfang Juli endete die Pilotphase für das neue Online-Antragsverfahren zur Juleica. Niedersachsen und Berlin nutzten das neue System, mehr als 1.000

neue Juleicas im gelben Design sind bereits versandt worden. Bis zum Jahresende werden nun die Bundesländer in den nächsten Wochen und Monaten auf das neue Verfahren umstellen.

Über das Antragsverfahren informiert ein **Leitfaden**, in zahlreichen Ländern werden Schulungen durch die Stadt-, Kreis und Landesjugendringe zum Antragsverfahren angeboten.

**WICHTIG:** Wer klassisch auf Papier eine Juleica beantragt, erhält noch die alte Juleica im alten Design. Die neue Karte gibt es nur beim Online-Antrag.

## Ansichtssache

Die Leistung des 13. Kinder- und Jugendberichtes besteht darin, dass er die großen Herausforderungen an junge Menschen unter dem Blickwinkel Gesundheit sieht. Er arbeitet heraus, dass es beim gesunden Aufwachsen um individuelle Förderung und Stärkung der Ressourcen geht, dass soziale Lagen und Gesundheit nicht unabhängig voneinander betrachtet werden dürfen; dieser Bezug zur Kinder- und Jugendarmut ist außerordentlich wichtig. Der Bericht stellt – kurz und mit Lücken – die guten Leistungen der Jugendverbände dar. Er hält fest, dass alle Kinder und Jugendlichen Bewegungs-, Erfahrungs- und Bildungsräume und dafür Freiräume benötigen, in denen sie sich ihre Lebenswelt aneignen und sie mitgestalten können.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht irritiert allerdings. Die Regierung leitet kaum konkreten sozialpolitischen Handlungsbedarf aus dem Bericht ab und betont stattdessen die Eigenverantwortung für Gesundheit. Aus Sicht des DBJR ist gesundes Aufwachsen aber eine Aufgabe in öffentlicher Verantwortung. Ebenso ärgerlich ist: die Kinder- und Jugendarbeit kommt in der Regierungs-Stellungnahme nicht vor.

*Andrea Hoffmeier  
stell. Vorsitzende DBJR*

## Neue EU-Jugendstrategie

Die Europäische Kommission stellte im April 2009 die neue „EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment“ vor. Diese Mitteilung ist die Grundlage für die Nachfolge des „Rahmens der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich“, der dieses Jahr ausläuft. Im November soll diese zukünftige Jugendstrategie bis 2018 vom EU-Rat beschlossen werden.

Im Kern fasst die Strategie diejenigen Instrumente zusammen, die seit dem EU-Jugendweißbuch entwickelt wurden: Zum einen die offene Methode der Koordinierung (OMK) als gegenseitiges Lernen von Mitgliedsstaaten, zum anderen die direkte Rückkopp-

lung zu jungen Menschen über den „Strukturierten Dialog“. Beides, also die OMK und der Strukturierte Dialog sollen dabei nicht nur auf EU-Ebene, sondern auf allen Ebenen bis hin in den Kommunen genutzt werden.

Die Strategie macht kein Hehl daraus, dass man Jugend vor allem unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit betrachtet. Der Deutsche Bundesjugendring hat bei einer internen Anhörung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine **Stellungnahme** präsentiert. Deren Fazit: Die vorgelegte Strategie wirkt ambitioniert; sie bleibt jedoch in weiten Teilen unkonkret oder missverständlich.



## Jetzt bewerben!

Der **Heinz | Westphal | Preis** (H|W|P) zeichnet Vereine, Gruppen, Initiativen oder Organisationen und deren Projekte aus, die beispielhaft für ehrenamtliches Engagement oder dessen Förderung stehen. Gruppen, die mit ihrem Projekt Maßstäbe gesetzt, die neue Ideen entwickelt haben, können sich um den Preis bewerben oder vorschlagen werden. Bewerbungsschluss ist der 15. August 2009!

## Namen & Notizen

Jan Heinisch, Vertreter des Deutschen Bundesjugendringes im Beirat des Deutsch-Französischen Jugendwerks, ist am 23. Juni mit breiter Mehrheit zum deutschen Vorsitzenden des Gremiums gewählt worden.



CDU/CSU haben die Jugendverbände in ihrem Wahlprogramm erwähnt. „Die vielfältige Jugendarbeit in den Jugendverbänden, Jugendringen der offenen Jugendarbeit, der kommunalen Jugendarbeit und in den Jugendbildungsstätten ist ein Erfolgsmodell“, heißt es im Programm, inklusive des Versprechens, die Förderung fortzusetzen.



Der DBJR hatte sich mit einer **Anfrage an die EU-Kommission** gewandt, um zu klären, ob die Fördergrundsätze des KJHG und das EU-Wettbewerbsrecht grundsätzlich vereinbar sind. Die Antwort der EU-Kommission liegt dem DBJR vor. Wie zu erwarten, vermeidet es die Kommission, eine offizielle Stellungnahme zur Finanzierungssystematik des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) abzugeben. Sie gibt jedoch Hinweise, nach denen eine solche Bewertung in Deutschland erfolgen kann.



Mit dem Ende der letzten Sitzungswoche Anfang Juli ist nun der Wahlkampf auf die Tagesordnung gerückt. Parallel bereiten sich im Sommer Mitglieder des DBJR auf **U18**, die Bundestagswahl für alle unter 18 Jahre vor. Gruppen können noch Wahllokale gründen und sich an U18 beteiligen.



## Europa am Tisch

Das Deutsche Nationalkomitee für Internationale Jugendarbeit (DNK) und die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland (JEF) luden am 24. Juni zum runden Tisch „Wie wird morgen Politik in Europa gemacht?“ ein. Unter Moderation der DNK-Sprecherin Silke Gebel führten die rund 40 hochrangigen Vertreter/innen aus der Jugendverbandsarbeit angeregte Diskussionen mit Michael Clauß, dem stellvertretenden Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Andreas Maurer, Forschungsgruppenleiter EU-Außenbeziehungen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, und Dr. Nikolaus Meyer-Landrut, Leiter der Europaabteilung im Kanzleramt.



## Trilaterales Seminar

Die künftige Zusammenarbeit des Deutschen, Israelischen und Tschechischen Jugendringes war Thema eines trilateralen Seminars in Dresden und Pilsen. Anfang Juni trafen sich Vertreter/innen der drei Jugendringe und analysierten zunächst die Basis für eine engere Kooperation. Für Israel standen bisher Begegnungen mit Tschechien nicht im Mittelpunkt, das soll sich künftig ändern. Im kommenden Jahr bereits soll ein Seminar mit Jugendleitern/innen veranstaltet werden, bei dem Themen und Inhalte einer Kooperation besprochen werden. Beim derzeitigen Delegationsbesuch des DBJR in Israel wird an den Ergebnissen des trilateralen Seminars weiter gearbeitet.

## Stellungnahme zum Kinder- und Jugendbericht

In einer **Stellungnahme zum 13. Kinder- und Jugendbericht** setzt sich der DBJR mit der vorliegenden Analyse auseinander. Die Bewertung des Berichtes ist aus Sicht des DBJR überwiegend positiv. Leider werden in der Beschreibung der Jugendverbände aber die grundsätzlichen Effekte in der Arbeit der Jugendverbände weniger deutlich, etwa Effekte durch gleichaltrige Gruppen, positive Selbsterfahrungen oder das Erproben der eigenen Fähigkeiten. Sehr positiv da-

gegen ist der ganzheitliche Ansatz im Bezug auf Gesundheitsförderung und Prävention im Bericht.

Kritik übt der DBJR an der Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht. Positiv darin ist allerdings die Reflektion der Frage der Zuständigkeiten von Jugend- und Sozialhilfe für die Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderung mit der Empfehlung einer Konzentration in der Kinder- und Jugendhilfe.

## Termine

- bis 12. Juli – Delegationsreise des DBJR (» Israel) ■■■ 10. bis 12. Juli – Europaseminar der JEF: Europe: where next? (» Berlin) ■■■ 15. August: Bewerbungsschluss **Heinz Westphal Preis** ■■■ 27. August – DBJR-Vorstand (» Berlin) ■■■ 1. September – KJP-Kommission (» Berlin) ■■■ 9. bis 10. September – DBJR-Hauptausschuss (» Berlin) ■■■ 21. September – Sitzung Europäische Jugendpolitik (» Berlin) ■■■ 21. bis 22. September – Konferenz der Landesjugendringe (» Dresden) ■■■ 1. bis 6. Oktober – Deutsch-Russisches Jugendforum (» Rostov)

## Kinderschutz

Der „Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe“ wurde im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII im Jahr 2005 konkretisiert. In den Paragraphen 8a (Schutzauftrag) und 72a (persönliche Eignung von Fachkräften) wurde verpflichtend festgeschrieben, dass öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit den freien Trägern vereinbaren sollen, sicherzustellen, dass sie keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den entsprechenden Paragraphen verurteilt worden sind. In der Praxis wurde interpretiert, dass sich auch freie Träger von ihren beruflichen Fachkräften Führungszeugnisse vorlegen lassen.

Seitdem wird immer wieder diskutiert, ob auch für ehrenamtlich Tätige das Einholen von Führungszeugnissen sinnvoll oder notwendig ist. Eine Entscheidung ist dazu noch nicht gefallen. Der Vorstand des Deutschen Bundesjugendrings hat nach Beratung im Hauptausschuss ein **Hintergrundpapier** zum Thema „Führungszeugnisse für Ehrenamtliche – ein geeigneter Beitrag zur Prävention sexuellen Missbrauches in Jugendverbänden?“ verabschiedet. Darin wird der Sachverhalt und die Position des DBJR zum Thema ausführlich beschrieben.

## Jugendpolitik in Ostdeutschland

Bei einem gemeinsamen Parlamentarischen Nachmittag diskutierte der DBJR und die Stiftung Demokratische Jugend sowie die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und die Evangelischen Akademie Meißen über die Ergebnisse ihrer Tagung „Zukunft ermöglichen – Perspektiven eröffnen: Ideen zur Jugendpolitik in Ostdeutschland“.

Eine von zwölf Anregungen ist, eine stabile und verlässliche Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe sicherzu-

stellen. Kinder und Jugendarbeit braucht in Ostdeutschland eine tragfähige Infrastruktur. Ein weiterer Punkt auf der Liste der Ideen: Es ist ein verbesserter Austausch und eine Intensivierung der Kommunikation zwischen Verwaltung, öffentlichen und freien Trägern und der Politik erforderlich.

Die vielfältigen **Ideen zur Jugendpolitik in Ostdeutschland** sind in einem Papier zusammengefasst. Der DBJR hat auch eine eigene **Position** zur Lebenswelt junger Menschen in Ostdeutschland.



## Bundesjugendkuratorium

„Jugendpolitik muss neu positioniert werden“, betont das Bundesjugendkuratorium (BJK) und liefert dazu die Notwendigkeiten und Stolpersteine. „Eine ressortübergreifende, jugendpolitische Praxis muss die Situation Jugendlicher insgesamt in den Blick nehmen und ihre Sichtweisen, Erfahrungen und Lebenslagen unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen thematisieren“, heißt es im Vorwort der BJK-Vorsitzenden Dr. Claudia Lücking-Michel.

Insgesamt in den Blick nehmen bedeutet auch, Jugendpolitik aus einem Guss zu gestalten, idealerweise ressortübergreifend. Derzeit ist der formulierte Anspruch der Regierung, der Jugendpolitik einen hohen Stellenwert einzuräumen, aus Sicht des BJK nicht gegeben. „Die hohe politische Priorität ist nicht erkennbar, zudem erweist sich Jugendpolitik als ein Flickenteppich un-

abgestimmter Maßnahmen, Programme und Aktivitäten unterschiedlicher Ministerien“, analysiert und kritisiert das BJK.

Bewusst definiert das BJK die Jugendphase im Alter von zwölf bis 25 Jahre und betont, dass Jugendpolitik bewusst von einer Politik für Kinder und für Erwachsene abzugrenzen ist. Der Grund: Für Jugend sind andere Entwicklungsaufgaben, Rechte, Handlungschancen und -restriktionen charakteristisch. Sehr detailliert begründet das BJK in seiner **Stellungnahme „Zur Neupositionierung von Jugendpolitik“** weitere Forderungen.

Das Bundesjugendkuratorium ist ein von der Bundesregierung eingesetztes Sachverständigen-gremium in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe. Detlef Raabe, Vorsitzender des DBJR, ist im BJK vertreten.

## Kinderpornografie

Mit einem **Positionspapier** beteiligt sich die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) an der Diskussion um die Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet. Im Papier wird festgestellt, dass juristische Mittel gegen Kinderpornografie durch das Strafgesetzbuch vorhanden sind. Die im neuen Gesetz beschriebenen Stopp-Schilder bei Seiten mit kinderpornografischem Inhalt sieht die AGJ als sinnvolle Aufklärung; das technische Verfahren ist aus Sicht der AGJ aber nicht geeignet, Kinderpornografie nachhaltig zu bekämpfen. Aus Sicht der AGJ darf der Kampf gegen Kinderpornografie weder zu einer „Durchregulierung des Internet“ und unzulässigen Beschränkung grenzüberschreitenden Informationsaustauschs führen, noch darf er Symbolpolitik bleiben. Er muss Teil einer Strategie gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder sein.

## Wissenswert

„Watch your web“ ist eine neue Initiative des IJAB-Projektes Jugend online und klärt über die Risiken im Umgang mit persönlichen Daten im Web auf sowie soll es zeigen, wie man durch eigenverantwortliches Handeln seine Datensicherheit erhöhen kann. Praktische Informationen und ein jugendgerechtes Web-Angebot stellt die zentrale Internet-Plattform der Kampagne unter [www.watchyourweb.de](http://www.watchyourweb.de) für die Zielgruppe bereit.



Zwei Klicks sind es zu einem Abgeordneten auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de). Mittlerweile lassen sich hier mehr als 100.000 Fragen und Antworten der Wahlkreis-kandidaten, aus Landtagswahlen und der Wahl zum EU-Parlament im Archiv nachlesen; täglich kommen neue hinzu. Die Seite liefert einen Überblick über das Abstimmungsverhalten bei wichtigen Entscheidungen und jeder Wähler kann selbst einen Blick in die Arbeitszeugnisse seines Abgeordneten werfen und diese miteinander vergleichen. [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) ist ein wichtiger Informationsgeber zur bevorstehenden Bundestagswahl.



Für die Zusatzausbildung Informationspädagogik (Fachkraft für Jugendinformation) stehen noch wenige freie Plätze zur Verfügung. In sechs Modulen werden folgende Themen angeboten: Grundlagen der Jugendinformation in Deutschland, Kommunikation von und mit Jugendlichen, Informationsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätsentwicklung u.v.m. Nähere Informationen und Bewerbungsunterlagen finden Sie auf [www.jugendinfonetz.de](http://www.jugendinfonetz.de). Bewerbungsschluss ist der 14. Juli 2009.



Die Qualifizierungsreihe **Prärect** zur Entwicklung präventiver Strukturen in Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit startet im September 2009. Wer daran teil nehmen möchte, sollte sich bald bewerben, denn bundesweit stehen nur 20 Plätze zur Verfügung. Anmeldungen sind noch bis spätestens 31. August 2009 möglich.

## Impressum



## Forderungen zur Bundestagswahl

Für die anstehende Bundestagswahl hat der DBJR aus Sicht der Kinder und Jugendlichen seine Forderungen an die Politik in der nächsten Legislaturperiode zusammengestellt. In der Broschüre und auf der Website [www.jugend-waehlt-zaehlt.de](http://www.jugend-waehlt-zaehlt.de) sind die jugendpolitischen Ansichten und Forderungen rund um die Themen Bildung, Arbeit und Soziales, Nachhaltigkeit, Partizipation und Beteiligung, Europa und Internationale Begegnung, Frieden und Gerechtigkeit, Ehrenamt und Freiwilligendienst, Mi-

gration und Integration, Demografischen Wandel sowie um Kinder-gerechtigkeit und die Rahmenbedingungen für Jugendarbeit zusammengestellt.

Die Homepage bietet als Ergänzung auch eine Synopse der Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen und Linke. Außerdem stehen dort Methoden, die dem *Praxisbuch „Jugend wählt – Jugend zählt“* entnommen sind. Die Broschüren können auf der Website bestellt werden.

## Gewalt unter Kindern und Jugendlichen

Das **Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekt** zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans (NAP) „Für ein kindergerechtes Deutschland“ sucht noch Gruppen und Projekte, die sich aktiv am 6. Oktober 2009 in Hamburg an der Veranstaltung „Prävention von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen zwischen drei und 14 Jahren“ mit eigenen Beiträgen beteiligen möchten. Dabei geht es vor allem um Gewalt unter Kindern und Jugendlichen und Ideen und Erfahrungen zur Prävention. Die Bandbreite der Betrachtung kann von körperlicher Gewalt bis Cybermobbing gehen. Als Handlungsfelder sollen auf der Veranstaltung Kita, Familie, Schule und



Jugendarbeit untersucht, sowie Handlungsvorschläge erarbeitet werden. Es wird ein Tagestreffen in Hamburg zur Vorbereitung der jugendlichen Teilnehmer/innen geben. Die Kosten werden übernommen. Rückmeldungen so schnell wie möglich an die Projektleitung Uwe Ostendorff: [nap@dbjr.de](mailto:nap@dbjr.de).